

DPoIG Niedersachsen warnt vor besorgniserregendem Anstieg der Gewaltkriminalität mit Messern und fordert dringende Maßnahmen „Der Corona-Bonus ist aufgebraucht!“

Hannover, 11. März 2024 - Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Landesverband Niedersachsen schlägt Alarm angesichts des erneuten Anstiegs der Gewaltkriminalität, insbesondere unter Nutzung von Messern, wie aus der Polizeilichen Kriminalstatistik 2023 hervorgeht.

Die Zahlen zeigen einen bedenklichen Anstieg der Gewaltdelikte, bei denen Messer als Tatwaffe eingesetzt wurden. Dieser Trend ist äußerst besorgniserregend und erfordert dringende Maßnahmen sowohl von Seiten der Polizei als auch der Politik.

"Der erneute Anstieg der Gewaltkriminalität, insbesondere mit dem Einsatz von Messern, ist alarmierend und erfordert eine entschlossene Reaktion", betont Patrick Seegers, Landesvorsitzender der DPoIG Niedersachsen. "Es ist unerlässlich, dass die Politik dieses Problem weiterhin ernst nimmt und konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Form der Kriminalität ergreift. Dazu ist auch der Austausch zwischen den Ministerien weiter zu intensivieren."

Sein Landesverband fordert eine konsequente Strafverfolgung von Tätern, die Messer bei Straftaten einsetzen. Darüber hinaus sind weitere präventive Maßnahmen und Aufklärungskampagnen erforderlich, um das Bewusstsein für die Gefahren von Waffengewalt zu stärken und potenzielle Täter abzuschrecken.

Die Zahlen der Gewalt gegen Einsatzkräfte belegen eine Stagnation auf hohem Niveau. „Hier braucht es weitere Anstrengungen zum Schutz derjenigen, die sich für die Gesellschaft immer auch wieder in eine Gefahr begeben“, betonte Seegers.

Der hohe Anstieg der Fallzahlen bei der Kinder- und Jugendpornografie resultiert aus der Aufhellung eines lange im Dunkeln bestehenden Deliktsfeldes. Hier braucht es viel mehr Personal, um die Ermittlungen zum Erfolg zu führen. Auch bedarf es weiterer Rechtsgrundlagen, um datenschutzkonform die Deliktsbereiche Kinderpornografie und Cybercrime bekämpfen zu können.

Die DPoIG Niedersachsen begrüßt ausdrücklich die Positionierung der Innenministerin zur Freigabe von Cannabis. „Hier sind wir absolut auf einer Linie“, bestätigte Patrick Seegers abschließend.

Patrick Seegers
(Landesvorsitzender)

Hannover, 11.03.2024

Bei Rückfragen wählen Sie: 0162 20 93 935

Landesgeschäftsstelle:

Sedanstr. 18 – 30161 Hannover – Tel.: 051134097 – 0 – E-Mail: kontakt@dpolg.org